

Erweiterung des städtischen Wohnraumes

Sehr geehrter Herr Dr. Pörtl, sehr geehrte Damen und Herren,

dass wir knapp an Wohnungen sind, ist uns allen nicht erst seit gestern bekannt. Dass wir zuständig für die Anschlussunterbringung der Flüchtlinge sind, wissen wir auch schon seit einer Weile. Deswegen finden wir es gut, dass sich jetzt endlich auch etwas tun wird.

Wir wissen, dass das Thema „Flüchtlinge und Asyl“ nicht das Kernthema der Vorlage ist. Dennoch liegt es uns am Herzen, es kurz anzureißen – denn wirklich viel und intensiv wurde hier am Ratstisch nicht darüber gesprochen:

Ca. 2000 Geflüchtete sollen derzeit in unserer Stadt leben. Dass sich diese Situation bis Ende 2015 drastisch verschlimmern würde, war – so denken wir – auch jedem von uns klar.

Seit fast zwei Jahren müssen 353 Menschen aus 19 Nationen auf engstem Raum in der Containeranlage an der Kilbourne Kaserne zusammen leben. Ein nicht immer einfaches Unterfangen, das vor zwei Jahren mit etwas mehr gutem Willen anders von Rhein-Neckar-Kreis hätte geplant werden können. Über die Zustände dort brauche ich nicht zu berichten – es war schon genug in der Presse darüber zu lesen. Nur eines: Viele meiner Freunde, die ich bei meinen Besuchen dort im Schlepptau hatte, meinten hinterher zu mir „Raquel, schrecklich: Ich könnte dort nicht leben.“

Zusätzlich haben wir die insgesamt 350 Männer im Hotel Atlanta und im Racket Center unterbringen müssen. Wobei letzteres vor allem hinsichtlich Privatsphäre, Hygiene etc. natürlich alles andere als optimal für die Menschen ist.

Die Zusammenarbeit mit Kreis und Regierungspräsidium ist unserer Meinung nach nicht immer gut gelaufen. Standardbegründung für die immer kurzfristige Zuteilung der Menschen war und ist: „Der zunehmende Flüchtlingsstrom“. Wenn man sich aber die politische Situation – vor allem in den Krisen- und Kriegsländern – die letzten Jahre intensiver betrachtet hätte, hätte man problemlos auf den Gedanken kommen können, dass es früher oder später zu Eskalationen kommen würde.

Ob es die Daesh, IS und co,- Terroristen in Syrien sind, die Taliban in Afghanistan und Pakistan oder die Boko Haram in Nigeria. Der Terror war dem Westen präsent. Es war vorauszusehen, dass die Menschen aus diesen Ländern früher oder später um ihr Leben fliehen würden, eine andere Lebensperspektive suchen würden. Wo sonst außer nach Europa sollen sie denn hin fliehen?

Ich persönlich frage mich, ob manche wirklich daran geglaubt haben, dass sich diese Menschen und die Probleme in Luft auflösen würden? 1300 Menschen leben derzeit in den Tompkins. Hier sind die Arbeiten an Wasserleitungen, Strom, Organisation usw. weiter am Laufen. Wir als Kommune müssen für die Flüchtlinge, die entweder anerkannt werden oder sich schon 24 Monate in einer Gemeinschaftsunterkunft befinden, nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel eine weitere Bleibe zur Verfügung stellen. Eigentlich stört mich schon das Wort „müssen“ ein klein wenig, es hört sich so nach „Zwang“ an...

In der Beschlussvorlage steht auch „Allerdings soll die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften auf möglichst nicht mehr als 12 Monate begrenzt werden“. Hoffentlich nehmen sich das die Sozialarbeiter und die zuständigen Behörden zu Herzen, kann ich da nur sagen. Wenn das Thema nicht so ernst wäre, könnte ich fast darüber lachen. Wir ehrenamtlichen Helfer bekommen nämlich immer zu hören: „Wohnung? Geht erst nach 24 Monaten.“ Außer es ist jemand völlig fertig mit den Nerven und psychisch total am Ende, was selbstverständlich mittels ärztlichen

Attests belegt werden muss. Ich weiß von was ich rede, weil ich mir seit über einem Jahr – wie viele andere auch – die Zunge blutig rede in Sachen Wohnungsfindung für unsere Flüchtlinge.

In 17 Jahren musste Schwetzingen 169 Personen im Anschluss unterbringen. Das war nicht viel. Das wird sich aber künftig gewaltig ändern.

Ganz klar ist auch, dass wir nicht nur an die Flüchtlinge denken müssen und das auch gar nicht wollen: Wir müssen auch an alle anderen Bürger, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden, denken: Wir wollen auf keinen Fall, dass es immer wieder heißt: Die Flüchtlinge bekommen alles, nehmen uns Arbeit und Wohnungen weg und wir gehen leer aus - um uns kümmert sich keiner.

Wie in der Vorlage erwähnt kommt es immer häufiger vor, dass Familien oder alleinerziehende Mütter aus wirtschaftlichen Gründen Insolvenz anmelden, es zu Zwangsräumungen kommt und die Menschen massiv von Obdachlosigkeit bedroht sind. Auch für diese Menschen wird Wohnraum dringend gebraucht.

Wir brauchen vor allem auch wieder günstigeren Wohnraum, den sich junge Menschen wie aber auch ältere Menschen leisten können.

Wie schlimm ist es, dass es Vermieter zu geben scheint, die meinen sich an der jetzigen prekären Lage mit horrenden Mietforderungen auch noch bereichern wollen zu müssen. Da bleibt uns nur ein Kopfschütteln.

Die städtischen Wohnungen – immerhin fast 380 an der Zahl – sind alle vermietet. Die Wartelisten sind ewig lang. Wir müssen schnellstens Wohnraum schaffen, können uns nicht noch Jahre Zeit lassen.

Wir könnten stundenlang über dieses Thema weiter diskutieren, heute geht es aber lediglich in der Beschlussvorlage um drei Dinge:

Die Verwaltung zu beauftragen mit dem Caritasverband intensive Verhandlungen zu dem Gebäude in der Markgrafenstraße 17 zu führen, Verträge mit der Baugenossenschaft abzuschließen, um das Gebäude in der Scheffelstraße 31-33 anzumieten und das Personal in Bürgerbüro und im Ausländeramt aufzustocken.

Alle drei Punkte erscheinen uns nicht nur sinnvoll, sondern in Anbetracht der aktuellen Situation dringend geboten. Insbesondere, was die Aufstockung des Personals anbelangt. Bei solch wichtigen Themen, in denen es um Menschen geht, sollte man ganz sicher nicht an Personal sparen. Im Gegenteil.

Alle anderen Vorschläge aus der Beschlussvorlage was künftig zur Schaffung von Wohnraum getan werden könnte, haben wir mit großem Interesse gelesen und bedanken uns für die ausgezeichnete Ausarbeitung.

Wichtig ist für uns, dass Wohnraummöglichkeiten geschaffen werden, in denen alle zusammen leben können und niemand aufgrund seiner Herkunft, seines Berufes oder seinem sozialen Status separiert wird.

Wir sehen: Es gibt viel zu tun – packen wir´s an!

Die Freien Wähler stimmen der Beschlussvorlage zu.

Raquel Rempp,

FWV, 17.12.2015